

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2022

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Mischi Steinbrück: Zum Gedenken an Mikis Theodorakis ...**
- **GiB: Brief an Lauterbach: Sechs Vorschläge für eine Krankenhausreform**
- **A. de Zayas: Lasst uns die vier Freiheiten von Franklin D. Roosevelt und die Atlantik-Charta wiederbeleben**
- **A. Zumach: ... Für eine ökologische, militärfreie und sozial wie global gerechte Politik.**
- **K. Krökel: Nordstream statt Ruin**
- **J. Baud: Ukrainekonflikt: Systematisches Hintertreiben einer Verhandlungslösung durch den Westen**
- **Willy Wimmer: Wann sind wir im Krieg?**
- **Tobias Riegel: Bundeswehr: Das neue "Territoriale Führungskommando"**
- **R. Bosshard: Sabotage an den Nord Stream Gaspipelines: Für einmal reicht die Frage des "Cui bono?" nicht**
- **Karsten Montag: Die Nord-Stream-Story**
- **F. W. Engdahl: Wem gehört das Getreide aus der Ukraine?**
- **M. Ehret: Russland in Afrika: Kontinente ... verbinden**
- **J. Hübschen: Die 22. Konferenz der Shanghai Cooperation Organization 2022 und ihre Bedeutung für "den Westen"**
- **P. F. Mayer: BRICS-Länder diskutieren die Schaffung einer einheitlichen Währung**
- **Karin Leukefeld: Auf dem Rücken der Palästinenser**

Zitat des Monats von [Mark Twain](#):

**Wahrheit ist etwas so Kostbares,
dass Politiker nur sehr sparsam damit umgehen.**

Dieser Ausgabe beginnt mit dem friedensbewegten, humanistischen Lebensweg von **Mikis Theodorakis**, den uns Mischl Steinbrück darstellt. Die Musik, die der Grieche schon in seinen ersten Lebensjahren kennen und schätzen lernen durfte, hat ihm bei Überwindung vieler Widrigkeiten geholfen. Dann berichten wir über das **bürgerliche Engagement** für eine Krankenhausreform von 'Gemeingut in BürgerInnenhand' (GiB), über eine Volksinitiative sich für ein gemeinwohlorientiertes und vollfinanziertes Gesundheitswesen und über einen Entlastungstarifvertrag für das Pflegepersonal in NRW.

Zum **Ukraine-Konflikt** stellen wir zunächst die Notwendigkeit der Rückgewinnung des Friedens zum Wohl der Bevölkerung (Alfred de Zayas) und der Verhandlungslösungen mit dem Ziel einer ökologischen, militärfreien und sozial gerechten Welt (Andreas Zumach) vor. Solche Forderungen sind auch das Anliegen von Demonstrationen z.B. "Handwerker für den Frieden" (Karl Krökel). Dass solche Verhandlungslösungen zur Ukraine seit 2014 vom Westen hintertrieben werden, legt Jacques Baud dar. Willy Wimmer äußert seine Befürchtung, dass sich der Ukraine-Krieg durch die Vereinigung von Donbas-Regionen zu einem globalen Krieg entwickeln könnte.

Dass Deutschland mit der Einrichtung eines neuen **Territorialen Führungskommandos** der Bundeswehr auf die zunehmende Gefahr, direkt in den Ukraine-Krieg hineingezogen zu werden, reagiert, legt Tobias Riegel dar. Er sieht damit die Gefahr verbunden, dass Militärisches mit Zivilem auf gefährliche Weise vermischt wird.

Bei dem Sabotageakt gegen die **Nord-Stream-Erdgasleitungen** haben die Akteure nach Ralph Bosshard einen hohen technischen und zeitlichen Aufwand betreiben müssen, was für die dänische Marine nicht zu übersehen gewesen sein könne. In seiner Sicht, dass diese Sabotage nur durch einen staatlichen Akteur der NATO möglich war, wird Bosshard durch Richard Black und Henri Pinard-Legry unterstützt. Karsten Montag gibt uns eine Chronologie der Auseinandersetzung um das Projekt Nord-Stream und den für die USA wichtigen geopolitischen Aspekt zu diesen Erdgasleitungen.

F. William Engdahl legt auf die Interessen globaler Unternehmen in der Ukraine und deren Besitz und Anbau dort dar, die der **gedeihlichen Entwicklung** des Landes nicht dienlich sind. Andererseits können sich nach Matthew Ehret etliche afrikanische Staaten durch die Unterstützung Russland und China Hoffnung auf eine bessere Zukunft machen.

Den Blick über Europa hinaus richtend berichtet Jürgen Hübschen über die 22. Konferenz der Shanghai-Organisation SCO, wo es um **verstärkte Zusammenarbeit sowie Respektieren der gegenseitigen Kerninteressen und gewählten Entwicklungspfade der Länder ging**. Der Autor ordnet die dort geführten Gespräche hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Westen ein. Peter F. Mayer schließt sich mit der Meldung an, dass die SCO- und BRICS-Staaten auch über eine gemeinsame Währung diskutieren.

Mit dem Blick auf den **deutsch-israelischen Umgang** mit dem Israel-Palästina-Konflikt weist Karin Leukefeld darauf hin, dass die israelische Übergangsregierung in Deutschland wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt ist, aber dieses Thema beim Treffen mit der deutschen Bundesregierung ausgeblendet wurde.

- **Mischi Steinbrück: Zum Gedenken an Mikis Theodorakis: Über drei seiner Jugendjahre**

[Zum Gedenken an Mikis Theodorakis erinnert Mischi Steinbrück an die Jugendjahre des Griechen](#), insbesondere in der Provinzstadt Tripolis auf der Peloponnes, wo er mit 15 Jahren aufgrund der Versetzung seines Vaters hinkam. Seine bis dahin erlebte Kindheit, geprägt durch seine musikalische Entwicklung, war nur dadurch getrübt, dass er durch die oftmaligen Umzüge der Familie keine Freunde hatte. Als er dann in Tripolis aufgrund seiner Körpergröße in der Schule gehänselt wurde, zog er sich in vollständige Isolation zurück. Im Spätsommer 1940 gelang es seinem Vater ihn zu einem Zeltlager mit der nationalistischen Jugendorganisation EON zu bewegen. Die militärischen und körperlichen Übungen freuen ihn und helfen ihm, Ängste zu bewältigen. Mikis liebt die Natur und entwickelt Patriotismus, der zunächst in dem Versuch mündet an die Front gegen die italienischen Streitkräfte zu kommen. Als ihm dies misslingt, quartiert er sich unter misslichen Bedingungen im Hauptquartier der EON ein. Mikis, bereits ranghöheres Mitglied der EON und zuständig für Volksverpflegung der Familien von Frontsoldaten, hilft hilflosen Verwundeten, in Hotels aufgenommen zu werden. Dort lernt er, dass die sich in den Hotels vergnügenden Offiziere und hohen Funktionäre, die nicht an der Front waren, aus reichen Familien, aber die Verwundeten aus armen Dorffamilien stammen. Mikis verbindet seine Hilfe für die Verwundeten mit musikalischer Arbeit, gründet einen Chor mit Mitgliedern der EON, dirigiert 50 Sänger für das weihnachtliche Kalandasingen und erntete dadurch Begeisterung in Tripolis.

Nach der Kapitulation Griechenlands vor den deutschen, italienischen und bulgarischen Verbänden lernt Mikis mit seinen Mitschülern kennen, was Hungern bedeutet, und beginnt mit ihnen Lebensmittel von den Kindern der Bauern zu erpressen. Mikis wird in dieser Zeit in Tripolis Komponist und Kämpfer. Anfang 1942 komponiert er "I Kassiani", ein vielstimmiges religiöses Chorwerk, das er mit ausgesuchten Sängern einstudiert und in der überfüllten Kirche der Hlg. Barbara uraufführt. Auch italienische Offiziere waren gekommen. Als Mikis am Tag des Gedenkens der Befreiung Griechenlands von den Osmanen einen italienischen Offizier ins Gesicht schlägt, wird er verhaftet, von den Besatzern in Ketten durch die Straßen geführt und anschließend bis zur Bewusstlosigkeit gefoltert. Ein Ehrenbürger der Stadt erreicht, dass Mikis in das griechische Gefängnis überstellt wird, wo Mikis den Leiter der Widerstandsorganisation EAM in Tripolis kennenlernt, deren Aktivist er wird. Das führt wieder zur Festnahme durch die Italiener. Aber deren Oberkommandierender, der das Kassiani-Konzert gehört hatte, veranlasst, dass Mikis nach Athen überstellt werden soll, bevor die Deutschen Tripolis erreicht. Auf der Fahrt nach Athen kann Mikis fliehen und schließt sich den Untergrundkämpfern an.

[Mischi Steinbrück](#), Jg. 1944, SchauspielerIn, TheaterspielerIn, SängerIn und AutorIn. Vielfältig politisch tätig und Mitglied in der 'Gesellschaft Griechischer Autorinnen in Deutschland e.V.'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **'Gemeingut in BürgerInnenhand': Brief an Lauterbach: Sechs Vorschläge für eine Krankenhausreform**

Das Bündnis 'Gemeingut in BürgerInnenhand' (GiB) macht gegenüber Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach einen differenzierten Vorschlag, die Versorgung der Gesellschaft mit Krankenhäusern zu sichern. In ihrem [Brief an Lauterbach](#) kommt das Bündnis zu dem Fazit, dass bei den dem Minister zur Verfügung gestellten Finanzierungsvorschlägen keine weiteren Klinikschließungen und Zentralisierungen mehr erforderlich und die Notfallversorgung gesichert wären. Zentrale Punkte in dem Vorschlagspaket sind das Unterbinden der Gewinnabführung aus dem Gesundheitssystem und der Verzicht auf den starken Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand für das Personal u.a. durch Wegfall der Fallpauschalen.

Auch die Volksinitiative 'Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!' setzt sich [für ein profitfreies, gemeinwohlorientiertes, vollfinanziertes Gesundheitswesen](#) ein. Um eine

demokratische Krankenhausplanung zu erreichen, sind laut dieser Initiative alle Betroffenen (v.a. Beschäftigte, Patienten und ihre Organisationen) zu beteiligen.

Neben den strukturellen Veränderungen am System der medizinischen Versorgung spielt die [personelle Besetzung und Belastung des Pflegepersonals](#) eine wichtige Rolle. Hier wurde in NRW durch einen drei Monate andauernden Streik ein Entlastungstarifvertrag erreicht.

[Gemeinut in BürgerInnenhand e.V.](#), wurde 2010 gegründet und setzt sich dafür ein, dass Schulgebäude, Wasserleitungen, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel dem Gemeinwohl dienen und nicht Spekulationsobjekte privater Investoren sind. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Alfred de Zayas: **Lasst uns die vier Freiheiten von Franklin D. Roosevelt und die Atlantik-Charta wiederbeleben**

Nach Alfred de Zayas, ehemaliger unabhängiger Experte der Vereinten Nationen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung, verstößt die derzeitige Politik der USA, Großbritanniens, der EU und der NATO gegenüber Russland und China [gegen Buchstaben und Geist der UN-Charta](#) sowie gegen viele frühere Erklärungen, Verpflichtungen und Verträge, die die Grundlage des modernen Völkerrechts bilden. Das belegt de Zayas im Einzelnen, indem er auf die vier Freiheiten von Franklin D. Roosevelt und die Atlantik-Charta verweist. Für ihn ist dies eine Tragödie und er fragt sich, warum "unsere Politiker nicht auf die Ratschläge von George F. Kennan, Jack Matlock, Richard Falk, Jeffrey Sachs, John Mearsheimer und Henry Kissinger gehört [haben]. Um aus dem Schlamassel herauszukommen, in das uns unsere Staats- und Regierungschefs gebracht haben, müssen Brücken gebaut werden – nicht nur, damit die Kriegsparteien fliehen können, sondern auch, damit die Kriegsparteien miteinander reden können."

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Andreas Zumach: **Eine echte Zeitenwende - trotz Ukrainekrieg: Für eine ökologische, militärfreie und sozial wie global gerechte Politik.**

Andreas Zumach ist angesichts des Ukraine-Krieges nachdenklich und sieht nach wie vor eine große Überlegenheit der russischen Armee. Putin werde sich nicht mit einer "Wende" in diesem Krieg abfinden. Für Zumach gilt: "[Statt Waffen zu liefern, sollten die EU und die USA und China auf Verhandlungen setzen](#) und die Parteien dazu drängen. Vorschläge dafür gibt es. Es fehlt nur der Wille auf allen Seiten. [...] Europa muss ein Interesse daran haben, auch mit Russland in Zukunft friedlich und wirtschaftlich auf einem Kontinent zusammenzuarbeiten. Die Amerikaner haben andere Interessen, wie seit vielen Jahren einflussreiche Politiker dies kundtun. " Dort würden Tendenzen einer eurasischen Kooperation als Gefahr für die Vorrangstellung der USA begriffen.

[Andreas Zumach](#), Jg. 1954, studierte Volkswirtschaft und Journalismus, seit 1988 freier Journalist am UNO-Sitz in Genf für unterschiedliche Medien, erhielt den Göttinger Friedenspreis. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Karl Krökel: Nordstream statt Ruin**

Der Unmut der deutschen Bevölkerung darüber, dass die Regierung ihre Versprechen nicht hält und die Energieversorgung zerstört hat, dass in den Medien Gleichschaltung erfolgt sowie Deutschland in die Armut und in den Krieg mit Russland treibt, wird immer größer und macht sich vor allen in Ostdeutschland Luft.

Am 1. Oktober kam es in Berlin und vielen anderen Städten zu Demonstrationen gegen die Kriegspolitik der Regierung mit der Forderung Nord-Stream zu reparieren und zu öffnen sowie die ruinösen Sanktionen zu beenden. In seiner [Rede bei der Demonstration der "Handwerker für den Frieden"](#) spricht der Kreishandwerksmeister aus Dessau-Roßlau, Karl Krökel, an, was uns Bürgern täglich über den Ukraine-Krieg beizubringen versucht wird. Er fordert die Menschen dazu auf, diese Gewaltspirale zu durchbrechen, Verantwortung zu übernehmen, standzuhalten, sich nicht ins Bockshorn jagen zu lassen. Denn das Handeln der Regierung sei "eine enorme Zumutung für unsere Bevölkerung und die Wirtschaft" und erfolge gegen die mehrheitliche Meinung der Bevölkerung und den gesunden Menschenverstand. Krökel fordert von der Bundesregierung, nicht ideologische Zielvorstellungen zu verfolgen, sondern die Interessen der deutschen Bevölkerung zu wahren, sich an den wirklichen Notwendigkeiten zu orientieren und dieses Land mit bezahlbarer Energie zu versorgen und damit ihrem Amtseid zu folgen.

Zu dem Thema, wie es in der Ukraine weitergehen soll, findet am 27.10.2022 um 19 Uhr im Brunosaal in Köln (Klettenberggürtel 65) eine [Veranstaltung mit Gabriele Krone-Schmalz](#) statt, die vom Städtepartnerschaftsverein Köln-Wolgograd organisiert wird, (Red.)

[Karl Krökel](#), Jg. 1949, ist seit 33 Jahren selbständig, führt ein Familienunternehmen, in Dessau, ist seit 20 Jahren Obermeister der Metallinnung Dessau-Roßlau und seit 15 Jahren Kreishandwerksmeister. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jacques Baud: Ukrainekonflikt: Systematisches Hintertreiben einer Verhandlungslösung durch den Westen**

Das Referendum von 2014, das letztlich zur Aufnahme der Krim in die Russische Föderation führte, ist zwar im strategischen Interesse Russlands, aber diese Interessen waren nicht der Grund für das Referendum von 2014. Die Nutzung des militärischen Stützpunkts Sewastopol war bis 2042 vertraglich mit der Ukraine vereinbart. Entscheidend war, dass sich die Krimbewohner russisch fühlen und die ukrainische Souveränität über die Krim als ungerecht, ja vertragswidrig empfinden. Denn: Im Januar 1991 stimmten die Krimbewohner entgegen der zwischen Russland und der Ukraine vereinbarten Abtretung der Krim an die Ukraine mit 93,6% für die "Wiederherstellung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) Krim als Subjekt der Sowjetunion und Mitglied des Unionsvertrags". Das war bevor die Ukraine im Dezember 1991 unabhängig wurde. [1995 führte Kiew einen Putsch gegen die Krim durch, hob ihre Verfassung auf und annektierte de facto die Krim](#). Als im Februar 2014 die Maidan-Putschisten das Kivalov-Kolesnichenko-Gesetz von 2012 abschafften, das Russisch zur Amtssprache machte, gab es auf der Krim einen Massenaufstand der Bevölkerung, dem sich 90% der auf der Krim stationierten ukrainischen Soldaten anschlossen. Als die Gewalt zu eskalieren begann, befahl Russland die Logistiklinien ihrer militärischen Einrichtungen zu sichern. Die Krim-Behörden beschlossen, ein Referendum über eine Aufnahme der Krim in die Russische Föderation abzuhalten, das über 96% Zustimmung erhielt.

Im weiteren Verlauf des Interviews legt Jacques Baud seine Kenntnis und Sicht zu den gegen Russland verhängten Sanktionen, zu den Zielen des Krieges und zu den Medien dar.

[Jacques Baud](#), Jg. 1955, hat den Master in Ökonometrie und Nachdiplomstudium in internationaler Sicherheit am Hochschulinstitut für internationale Beziehungen in Genf absolviert und war Oberst der Schweizer Armee. Er arbeitete für das DPKO (Departement of Peacekeeping

- **Willy Wimmer: Wann sind wir im Krieg?**

Sollte Russland aufgrund des Ergebnisses der Referenden im Donbass entscheiden, dem Abstimmungsergebnis zu folgen, würde es nach Willy Wimmer zu einer Verschiebung der russischen Staatsgrenze um mindestens 200 Kilometer nach Westen kommen. Damit würden alle Aktivitäten der NATO “nicht in einem Bürgerkriegsgebiet der Ukraine, sondern nach russischer Ansicht gegen Russland gerichtet sein“. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages habe schon vor Monaten in einem Gutachten ([WD-2-019-22](#)) [jede Unterstützungsaktion der NATO als eine gegen Russland gerichtete militärische Aktion eingestuft](#). Wenn die NATO nach einer Eingliederung der fraglichen Gebiete in die Russische Föderation weiter dort agiere, werde direkt die Tür zum globalen Krieg aufgestoßen.

[Willy Wimmer, Jg. 1943](#), ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, ist unter Einschluss von Finanz- und Wirtschaftsfragen Experte für globale Sicherheitspolitik und führte über Jahrzehnte auf höchster staatlicher Ebene Gespräche. Seit seinem Rückzug aus dem Bundestag 2009 [publizierte er die Bücher](#) "Wiederkehr der Hasardeure", "Die Akte Moskau" (2016), "Deutschland im Umbruch" (2018) und (als Koautor von Halford Mackinder) "[Der Schlüssel zur Weltherrschaft](#)" (2019). (Red.)

- **Tobias Riegel: Bundeswehr im Inland: Das neue “Territoriale Führungskommando“**

Das Verteidigungsministerium hat entschieden, die [Führung der Streitkräfte im Inland in einem neuen Kommando zu bündeln](#) – angeblich als “Reaktion auf die veränderte Sicherheitslage nach dem russischen Angriff in der Ukraine“, als Verbesserung der Reaktionsfähigkeit auf gezielte Destabilisierung sowie für den Katastrophenschutz und Pandemiebekämpfung. Die zentrale Befehlsstelle des Territorialen Führungskommandos wurde am 26.09.2022 in Dienst gestellt. Befehlshaber dieses neuen Führungskommandos wird der Offizier Carsten Breuer, der bereits den Corona-Krisenstab im Kanzleramt unter Olaf Scholz geleitet hat. Tobias Riegel macht darauf aufmerksam, dass Kritiker mit diesem Kommando die Gefahr verbinden, dass Militärisches mit Zivilem auf gefährliche Weise vermischt wird.

Für Arnold Schölzel öffnet die Vokabel ‘hybride Kriegsführung‘ “der [Willkür zum Erlass von Notstandsmaßnahmen](#) Tür und Tor. Ihre Definition reicht vom militärischen Angriff über angeblichen wirtschaftlichen Druck bis zu Hackerattacken und Propaganda in Medien“.

[Tobias Riegel](#) hat als Journalist, für verschiedene Berliner Medien gearbeitet und ist heute Redakteur der NachDenkSeiten; seine Arbeitsschwerpunkte: Feuilleton, Medienkritik und Politik. (Red.)

- **Ralph Bosshard: Sabotage an den Nord Stream Gaspipelines: Für einmal reicht die Frage des “Cui bono?“ nicht**

Der militärische Experte, Schweizer Oberstleutnant a.D. Ralph Bosshard, stellt aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Information fest, dass die Orte der Explosion knapp außerhalb der dänischen Hoheitsgewässer liegen. Eine Sabotage durch Freizeittaucher sei aufgrund der Tiefe von

70 bzw. 88 m auszuschließen. Bosshard geht davon aus, dass speziell modifizierte U-Boote mit Dekompressionskammern an den Kilometer auseinander liegenden Sabotage-Orten eingesetzt wurden. Es sei eine Sprengkraft von bis zu 100 kg erforderlich gewesen, um das Stahlrohr plus seine Betonummantelung zu zerstören sowie evtl. die Überdeckung einer Leitung zu entfernen. [“Wer immer die beiden Gaspipelines gesprengt hat: Er musste einen großen technischen Aufwand betreiben und verbrachte viel Zeit am Objekt.”](#) Nach Bosshard hätten die Saboteure längere Zeit an den Tatorten arbeiten müssen. Das hätte bei der dänischen Marine bei der gegebenen dichten Überwachung der Ostsee Verdacht erregen müssen. Bosshard macht darauf aufmerksam, dass im Juni “die 6. US-Flotte zusammen mit ihren NATO-Partnern just vor Bornholm Übungen durch[führte], in denen auch unbemannte Unterwasserfahrzeuge getestet wurden”.

Der ehemalige US-Oberst Richard Black sieht den Anschlag auf Nord-Stream als hochkomplexe Aktion an. Für ihn gibt es [keine Nation, die ein größeres Motiv hatte, die Gasleitungen zu zerstören als die USA](#). Nur die USA hat die Mittel, ein Motiv und die Gelegenheit diese lebenswichtige Infrastruktur zu zerstören. Black weist auch auf die Aussage von US-Präsident Biden (im Beisein von Bundeskanzler Olaf Scholz) hin, dass es bei einem Einmarsch Russlands in die Ukraine diese Gasleitungen nicht mehr geben werde. Black sieht in der Zerstörung der Pipelines auch den Versuch, den in Europa aufkommenden Widerständen gegen die Sanktionspolitik den Boden zu entziehen, indem es die Möglichkeit des Gastransports durch die Ostsee gar nicht mehr gibt. (Video, 11m20)

Der französische General a.D. Henri Pinard-Legry nennt eine Reihe von Indizien, die auf eine "amerikanische oder zumindest NATO-Beteiligung" hindeuteten. So werde das Gebiet "notwendigerweise mit Unterwassersensoren extrem kontrolliert". Und in dem Gebiet hätten "äußerst wichtige Manöver" der NATO stattgefunden, darunter "ein beträchtlicher Einsatz von Schiffen mit Hubschrauberflügen, deren Flugbahnen wie zufällig der [Gaspipeline] folgten". Zudem sieht Pinard-Legry kein russisches Interesse an der Zerstörung der Nord-Stream-2-Leitungen. [Die Indizien deuteten eher auf eine Intervention der USA oder zumindest der NATO hin](#). Das derzeit mit der Untersuchung beauftragte und von der NATO geleitete Team könne keinen objektiven Bericht erstellen, da nicht alle Partner und keine neutralen Partner beteiligt seien.

Nach Darstellung von Russlands Präsident Wladimir Putin ist es [möglich die Leitungen durch die Ostsee zu reparieren](#). Russland sei bereit, 8% der gesamten europäischen Gasimporte durch die eine vermutlich intakt gebliebene Nord-Stream-2-Leitung zu liefern, wenn diese Röhre inspiziert und für unbedenklich gehalten würde. [Dagegen kommt für die Bundesregierung eine Gaslieferung über Nord-Stream-2 nicht infrage](#). Die Inbetriebnahme von Nord-Stream-2 sei ausgeschlossen und Russland kein zuverlässiger Energielieferant mehr.

[Ralph Bosshard](#), Oberstleutnant a.D., war Berufsoffizier der Schweizer Armee, erfuhr Ausbildung an der Generalstabs-Akademie der russischen Armee in Moskau, diente als militärischer Sonderberater des Ständigen Vertreters der Schweiz bei der OSZE, als Senior Planning Officer in der ‘Special Monitoring Mission to Ukraine’ und als Operationsoffizier in der Hochrangigen Planungsgruppe der OSZE. Zivilberuflich Historiker (Magister, Universität Zürich). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Karsten Montag: **Die Nord-Stream-Story**

Bevor es zur Zerstörung der Nord-Stream-Leitungen kam, hat Karsten Montag eine Chronologie der Auseinandersetzung um diese Erdgasleitungen zusammengestellt.

Demnach hat der durch die ukrainische Präsidentschaftswahl von 2004 und der damit verbundene Richtungswechsel in Kiew hin zum Westen, der im März 2005 zum ukrainisch-russischen Gasstreit führte, zum Beschluss des Projekts 'Nord-Stream' geführt. Der Beschluss zum Bau von 'Nord-Stream-2' erfolgte ein Jahr nach dem Maidan-Putsch im Juni 2015, um Europas

Energiesicherheit zu erhöhen. Als die Anrainerstaaten der Ostsee nach langem Ringen dem Projekt zugestimmt hatten, blieben Polen, die Ukraine (beides Nicht-Anrainer), die EU und vor allem die USA als Gegner des Projekts.

Die USA brachten 2017 sogar ein Gesetz gegen die Pipeline auf den Weg, das Ende 2019 rechtskräftig wurde. Seitdem gab es Sanktionen gegen die Fertigstellung der Leitungen, was zum Rückzug von mindestens 18 europäischen Firmen vom Projekt führte. "Trotz des vehementen Widerstands der USA war im Juni 2021 der Bau des ersten Stranges von Nord-Stream-2 abgeschlossen. Im September 2021 folgte die Fertigstellung des zweiten Stranges. Die Test-Befüllung des ersten Stranges erfolgte im Oktober 2021, die Test-Befüllung des zweiten Stranges war im Dezember 2021 abgeschlossen. Ende November 2021 kündigten die USA, trotz ihrer Einigung mit der Bundesregierung wenige Monate zuvor, neue Sanktionen gegen die Inbetriebnahme an.

Vier Wochen vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine machte das US-Außenministerium deutlich, dass im Falle einer Invasion Russlands Nord-Stream-2 gestoppt werden würde." Am 07.02.2022 sagte Biden: "[Wenn Russland einmarschiert, wenn Panzer oder Truppen wieder die Grenze zur Ukraine überschreiten, dann wird es kein Nord-Stream-2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.](#)" Für Michael Hudson und Mike Whitney war daher klar, dass die USA den russischen Einmarsch in der Ukraine provozieren mussten. Am 22.02.2022 teilte Bundeskanzler Olaf Scholz mit, dass 'Nord-Stream-2' gestoppt werde. Der Autor der Chronologie legt dann die drastische Entwicklung der Erdgaspreise in Europa seit Mitte 2021 dar, die "keine direkte Folge höherer Produktionskosten, sondern dem freien Handel an den europäischen Börsen und in Direktverträgen geschuldet" sind.

Montag weist auf den für die USA wichtigen geopolitischen Aspekt hin, dass grundsätzlich eine enge wirtschaftliche Kooperation zwischen Europa, Russland und China zu verhindern ist. Montag zitiert dazu Zbigniew Brzezinski: "Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt (...) davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird – und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann. Folglich muss die amerikanische Außenpolitik den geopolitischen Aspekt der neu entstandenen Lage [nach dem Ende der Sowjetunion] im Auge behalten und ihren Einfluss in Eurasien so einsetzen, dass ein stabiles kontinentales Gleichgewicht mit den Vereinigten Staaten als politischem Schiedsrichter entsteht. Eurasien ist somit das Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird."

[Karsten Montag](#), Jg. 1968, arbeitet als freier Autor, verfasst gesellschaftskritische Romane und Sachtexte. Eines seiner wichtigsten Ziele ist es, seine Mitmenschen zu ermutigen, sich ihre Meinung auf Basis von Fakten und unter Nutzung des gesunden Menschenverstandes zu bilden. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● F. William Engdahl: **Wem gehört das Getreide, das aus der Ukraine verschifft wird?**

Die große humanitäre Aufregung der letzten Wochen, in denen die sichere Verschiffung von ukrainischem Getreide zur Linderung der Hungerkrise in Afrika und anderswo gefordert wurde, ist für F. William Engdahl in vielerlei Hinsicht trügerisch. Es geht v.a. darum, wem das Land gehört, auf dem das Getreide angebaut wird, und ob es sich bei diesem Getreide tatsächlich um illegalen, patentierten GVO-Mais (GVO, gentechnisch veränderte Organismen) und andere Getreidesorten handelt.

Engdahl beschreibt, wie die Ukraine 2014 über die "assozierte Mitgliedschaft" in der EU zu einem drakonischen Kreditpaket des IWF und der Weltbank gezwungen wurde, in dessen Folge sich die Ukraine globalistischen Unternehmensinteressen öffnen musste. Neben der Öffnung der reichen landwirtschaftlichen Flächen wurde auch das Verbot gentechnisch veränderter

Nutzpflanzen aufgehoben. Bis Ende 2016 wurden dann etwa 80% der ukrainischen Sojabohnen und 10% des Mais aus gentechnisch verändertem Saatgut angebaut. 2021 ließ Zelensky durch ein Gesetz noch erheblich mehr an Deregulierung bzgl. der bisherigen Agrarflächen zu, ohne darüber das versprochene Referendum abzuhalten. “Nachdem die [Ukraine nun von den GVO-Kartellunternehmen ausgehebelt](#) wurde, bleibt nur noch Russland – das 2016 den GVO-Anbau verboten hat – als einziger großer Getreidelieferant ohne GVO übrig. Berichten zufolge arbeitet die EU an einem neuen Gesetz, das den seit langem etablierten kritischen Genehmigungsprozess für GVO-Kulturen umstoßen und der GVO-Übernahme Tür und Tor öffnen würde.“

Russlands Präsident Wladimir Putin gab für das ‘Östliche Wirtschaftsforum’ (EEF) das Thema vor: “[Auf dem Weg zu einer multipolaren Welt](#)“. Die gegenwärtige Lage ist nach Putin durch wesentliche Punkte bestimmt: Russland werde als souveräner Staat seine Interessen verteidigen. Das "Sanktionsfieber" des Westens bedrohe die Weltwirtschaft dauerhaft, auch in Europa. Die Inflation breche in den Industrieländern Rekorde; in Russland liege sie bei etwa 12%. Die durch Russland ermöglichten Getreideexporte gehen größtenteils an die EU und nicht an Entwicklungsländer. Der Westen sei nicht in der Lage, Russland die Energiepreise zu diktieren. Rubel und Yuan werden nach Putin für Gaszahlungen verwendet. Die Rolle des asiatisch-pazifischen Raums habe deutlich zugenommen.

Auf dem Forum wurde dann über die wirtschaftliche Verflechtung der Shanghai Organisation (SOZ) und dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und über die Entwicklung der russischen Arktis gesprochen. Der SOZ wollen weitere 11 Länder beitreten. Das Forum stellt fest, dass Eurasien nicht länger "ein Objekt der Kolonisierung durch das 'zivilisierte Europa' ist, sondern wieder ein Akteur der globalen Politik". Die Möglichkeiten für eine Ausweitung der Zusammenarbeit in ganz Eurasien seien weiterhin unbegrenzt. Die Komplementarität der Volkswirtschaften ist der wichtigste Faktor. Russlands Ministerium für die Entwicklung des Fernen Ostens geht fest davon aus, dass Russland den nördlichen Seeweg zu einer Transitroute ausbauen wird.

[F. William Engdahl](#), Jg. 1944, seit über 30 Jahren wissenschaftlich und journalistisch tätig; Arbeiten über verschiedene Aspekte internationaler Öl-, Energie- und Wirtschaftspolitik in unterschiedlichen Büchern, Magazinen und Zeitschriften veröffentlicht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Matthew Ehret: **Russland in Afrika: Kontinente mit Soft Power verbinden**

Ende Juli ist eine [Abstimmung Russlands mit der Türkei, dem Iran und Saudi-Arabien zustande gekommen](#). Kurz darauf bereiste Russlands Außenminister Sergeij Lawrow Afrika: Im Hauptquartier der Arabischen Liga in Kairo wurde er durch Ständige Vertreter von 23 afrikanischen Staaten begrüßt. Seine Reise führte ihn auch nach der Demokratischen Republik Kongo, Uganda und Äthiopien. Gesprochen wurde vor allem über die Themen: Weizen, Handel (auch zur Unterstützung des chinesischen Seidenstraßen-Projekts), Wirtschaft inkl. von Sonderwirtschaftszonen (Port Said, speziell für den Warenaustausch mit Russland), Sicherheit und Multilateralismus.

Eingebettet war die Reise in folgenden Hintergrund: Mit Umsetzung der seit Januar 2021 vereinbarten ‘Afrikanischen Kontinentalen Freihandelsabkommens’ wurden 95% der inner-afrikanischen Zölle abgeschafft. Mit Einrichtung eines panafrikanischen Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssystems besteht die Möglichkeit Handelsbilanzen in lokalen Währungen zu begleichen.

Ägypten, seit 2021 Vollmitglied der BRICS-Entwicklungsbank, will mit Saudi-Arabien und der Türkei dem Bündnis BRICS beitreten. Das Land baut sein Eisenbahnnetz drastisch aus, um einerseits den Suezkanal zu entlasten (in Bau) und andererseits eine bessere Verbindung mit Äthiopien und dem Sudan zu erreichen (geplant). Äthiopien baut sein Eisenbahnnetz insbesondere

mit Hilfe Chinas sowohl im Land als auch bzgl. der Anbindung an die Nachbarländer massiv aus. Seit Dezember 2018 beteiligt sich Russland am Bau der 8'600 km langen transafrikanischen Eisenbahnstrecke von Dakar im Westen nach Dschibuti im Nordosten des Kontinents. Diese Strecke ist Teil des Hochgeschwindigkeit-Eisenbahnnetzes, das in der 'Entwicklungsagenda 2063' der Afrikanischen Union von 2014 skizziert wurde. Ein Straßenbrücken-Projekt zwischen Dschibuti und dem Jemen wurde durch den Ausbruch des Jemen-Krieges in 2015 ausgesetzt. Für eine weitere Abstimmung wurde ein zweites russisch-afrikanisches Gipfeltreffen geplant.

Für Matthew Ehret "ist eine neue Epoche von Entwicklungskorridoren in Gang gekommen, angetrieben durch die wachsende eurasische Partnerschaft, die nicht nur begonnen hat, ein neues tragfähiges Finanzsystem ins Leben zu rufen, sondern der gesamten Menschheit eine Vision präsentiert hat, die vollständig auf dem gegenseitigen Interesse aller Kulturen, Religionen und Nationen im Rahmen einer Verpflichtung zur vollständigen Entwicklung beruht."

[Matthew Ehret](#) ist Journalist, Historiker und Gründer der *Canadian Patriot Review*, veröffentlicht in 'Global Times of China', *Executive Review*, '21st Century Science and Technology', auf 'VeteransToday.com' und 'GlobalResearch.org'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Jürgen Hübschen: **Die 22. Konferenz der Shanghai Cooperation Organization 2022 in Usbekistan und ihre Bedeutung für "den Westen"**

Am 15./16.09.22 fand in Samarkand die Konferenz der Shanghai Cooperation Organization (SCO, SOZ) statt. Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping erklärte in seiner Rede vor dem Plenum: "China ist bereit, zusammen mit Russland die Rolle der Großmächte zu übernehmen und eine führende Rolle zu spielen, [um einer von sozialen Unruhen erschütterten Welt Stabilität und positive Energie zu geben](#)." Jürgen Hübschen berichtet von der Organisationsgeschichte, der Konferenz und deren Bedeutung.

Die 1996 gegründete 'Shanghai 5 Gruppe' wurde nach der Aufnahme von Usbekistan in SCO umbenannt und beschäftigte sich v.a. mit Grenzstreitigkeiten und regionalen militärischen Konflikten. Nach 2001 kamen das Ziel eines Gegengewichts gegen den US-Einfluss in der Region und die Terrorismusbekämpfung hinzu. Ab 2004 wurde ein regionales Antiterrornetzwerk gegründet. "Die SCO versteht sich als eine blockfreie Organisation, geprägt von Offenheit, ohne jede negative Einstellung gegenüber anderen Ländern oder Organisationen, Gleichheit und Respekt der Mitgliedsstaaten untereinander, Ablehnung jeder Art von Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Verhütung von politischer Konfrontation oder Rivalitäten." Die Mitgliedsstaaten der SCO vereinen knapp 40% der Weltbevölkerung und repräsentieren zirka 30% der globalen Wirtschaftsleistung.

Auf dem diesjährigen SCO-Gipfel sprach sich der Staatschef Chinas, Xi Jinping, für das Prinzip der Gleichbehandlung aus und forderte die Mitgliedstaaten auf, die Zusammenarbeit zu verstärken, um weitere Mitglieder zu werben, die gegenseitigen Kerninteressen und gewählten Entwicklungspfade zu respektieren und die Sicherheitskooperation auszubauen. Xi warb für das Infrastrukturprojekt "Neue Seidenstraße", rief zum Kampf gegen grenzüberschreitende Verbrechen, Terrorismus, Separatismus, religiösen Extremismus und humanitäre Not auf und bot dafür konkrete Unterstützung an. Auf dem Kongress kam es auch zu bilateralen Gesprächen. So traf sich Xi mit dem strategischen Partner, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, und erklärte sich zur Unterstützung Russlands "in besonders wichtigen Gebieten" bereit (hier [die chinesische Darstellung](#)). Xi traf sich auch mit Indiens Regierungschef Narendra Modi und mit dem pakistanischen Regierungschef Shehbaz.

Putin trat in seiner Rede für eine multipolare Weltordnung ein, begrüßte den wachsenden Einfluss nicht-westlicher Länder und verurteilte "Instrumente des Protektionismus, illegale Sanktionen und wirtschaftlichen Egoismus". Putin traf sich mit Modi, der den Krieg in der Ukraine nicht guthieß, aber auch nicht verurteilte, was Putin zu der Antwort bewegte, sein "Bestes zu tun, um die

Spezialoperation so schnell wie möglich zu beenden“. Putin traf sich auch mit Ebrahim Raisi, dem Präsidenten des Iran, das nun SCO-Vollmitglied ist und politisch wie militärisch an der Seite Russlands steht. Putin traf sich nach der Konferenz mit Recep Erdogan, dem Präsidenten der Türkei, die sich um eine SCO-Mitgliedschaft bemüht und sich um eine produktive Zusammenarbeit hinsichtlich des Exports ukrainischen Getreides durch das Schwarze Meer mit dem Ziel bemüht, dass das Getreide auch diejenigen erreicht, die es wirklich brauchen.

Am Ende nimmt Hübschen eine Bewertung des Treffens vor und stellt fest, dass etliche Länder sich vom Westen abwenden und Russland nicht isoliert dasteht. Er kann nicht erkennen, „ob die westlichen Politiker diese für die USA und vor allem für Europa negativen Entwicklungen erkannt haben und wie man ihnen politisch und wirtschaftlich entgegentreten will“.

[Jürgen Hübschen](#), Jg. 1945, war zuletzt als Oberst Leiter eines Zentralreferats im Bundesministerium der Verteidigung, u.a. verantwortlich für die Landesverteidigung, die zivil-militärische Zusammenarbeit, alle Fragen der zivilen und militärischen Bewachung und das Kriegsgefallenenwesen. Er schreibt auf seinem Blog [Sicherheitsbulletins](#) zu sicherheits-politischen Themen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Peter F. Mayer: **BRICS-Länder diskutieren die Schaffung einer einheitlichen Währung**

Angesichts der Verwerfungen durch die weltweite Corona-Politik und den Versuchen der USA und deren Finanzeliten die WHO als eine Art Weltregierung einzusetzen, sowie dem immer weiter um sich greifenden Sanktionsregime, hat sich eine immer stärker werdende Gegenbewegung gebildet. Als Kristallisationskerne für die Gegenbewegung auf die Hegemoniebestrebungen der USA sind einerseits BRICS und andererseits die ‘Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit’ (SOZ, SCO) hervorgetreten. Die BRICS-Mitgliedstaaten diskutieren nun die [Möglichkeit der Schaffung einer gemeinsamen Währung der BRICS und der SCO](#). Zudem haben ca. 15 Länder ihr Interesse an einem Beitritt zu den BRICS bekundet. Russland und China zeigen auch Bestrebungen ihren Währungen Golddeckung zu verleihen.

[Peter F. Mayer](#) studierte Physik und betreibt heute den “Blog für Science & Politik“ ([tkp.at](#)). Er war vorher für Medien wie den ORF, die Presse oder das ‘profil’ tätig, bevor er [dem Mainstream den Rücken gekehrt](#) hat. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Karin Leukefeld: **Auf dem Rücken der Palästinenser**

Am 12.09.2022 hat eine Delegation der israelischen Übergangsregierung anlässlich eines mehrtägigen Regierungstreffens das Bundeskanzleramt in Berlin besucht. Karin Leukefeld nimmt diesen Besuch und dessen Verlauf zum Anlass, sich [kritisch mit Israels Politik und der deutschen Haltung dazu auseinanderzusetzen](#). Zwei Tage zuvor hatte die ‘Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.’ beim Bundesgerichtshof Strafanzeige gegen den israelischen Premierminister Jair Lapid und gegen Verteidigungsminister Benny Gantz wegen Kriegsverbrechen erstattet. Beide seien “für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verantwortlich, “die im August dieses Jahres unter ihrer Führung im Gazastreifen begangen wurden“. Themen, wie die Attacke der israelischen Armee auf den abgeriegelten Gazastreifen Anfang August 2022, bei der 38 mehrheitlich zivile Opfer starben und 360 verletzt wurden, wurde beim Regierungstreffen ebenso ausgeblendet wie die jahrelange Apartheidpolitik Israels.

Stattdessen wurde die Freundschaft, die immerwährende Verpflichtung der Vergangenheit und die heutige strategische Partnerschaft groß herausgestellt, um auf dem Rücken der Palästinenser Geschäfte zu machen. Bundeskanzler Scholz will eine engere militärische Zusammenarbeit mit

Israel. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will israelisches Gas, wozu Israel seine Grenzauseinandersetzungen mit dem Libanon beenden müsste. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach will die engere medizinische Zusammenarbeit "für zukünftige Pandemien" und Bundesjugendministerin Lisa Paus unterzeichnete eine Absichtserklärung zur Gründung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerks. Wieder einmal wurde die Gewalt der israelischen Regierung gegen die Palästinenser sowohl bei den Regierungschefs als auch bei den Medien ausgeblendet.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, *Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑